



NIEDERSCHRIFT

Sitzung:	Haupt- und Finanzausschuss III/8
Sitzungstag:	Dienstag, den 27.09.2011
Sitzungsort:	Ratssaal des Alten Seminars, Lüdenscheider Straße 48
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:45 Uhr

TAGESORDNUNG

1. **Öffentliche Sitzung**
- 1.1. **Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**
 - 1.1.1. Anerkennung der Tagesordnung
 - 1.1.2. Einwohnerfragestunde
- 1.2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse**
Vorlage: M/2011/847
- 1.3. **Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW** - entfällt -
- 1.4. **Beschlüsse** - entfällt -
- 1.5. **Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse** - entfällt -
- 1.6. **Empfehlungen an den Rat**
 - 1.6.1. Änderung der Zuständigkeitsordnung; Antrag der CDU-Fraktion vom 28.06.2011
Vorlage: V/2011/731
 - 1.6.2. II. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Wipperfürth
Vorlage: V/2011/725/1
- 1.7. **Anfragen** - keine -
- 1.8. **Anträge** - keine -
- 1.9. **Mitteilungen**
 - 1.9.1. Hundezählung im Stadtgebiet Wipperfürth
Vorlage: M/2011/844
 - 1.9.2. Personalentwicklungskonzept; Sachstandsbericht
Vorlage: M/2011/879

- 1.9.3. Wirtschaftsförderung
Vorlage: M/2011/884
- 1.9.4. Befristeter Einsatz einer sozialpädagogischen Fachkraft für die Schulsozialarbeit
Vorlage: M/2011/885
- 1.9.5. DSL-Breitbandversorgung; Sachstandsbericht
- 1.9.6. Verlängerung der Nordtangente / B 237; Sachstandsbericht
- 1.10. Verschiedenes**
- 1.10.1. Termine für die Haushaltsberatungen 2012

2. Nichtöffentliche Sitzung

- 2.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2.2. Anerkennung der Tagesordnung**
- 2.3. Dringliche Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW - entfällt -**
- 2.4. Beschlüsse**
 - 2.4.1. Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung gemäß § 60 Abs. 2 GO NRW:
Basisstation zur Regionale 2010- Ohler Wiesen - Vergabe der Rohbauarbeiten
Vorlage: V/2011/732
 - 2.4.2. Stundung, Niederschlagung und Erlass städtischer Forderungen
- 2.5. Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse - entfällt -**
- 2.6. Empfehlungen an den Rat - entfällt -**
- 2.7. Anfragen - keine -**
- 2.8. Anträge - keine -**
- 2.9. Mitteilungen**
 - 2.9.1. Situation Alte Drahtzieherei
Vorlage: M/2011/836
- 2.10. Verschiedenes - entfällt -**



Stadt Wipperfürth

ANWESENHEITSLISTE

zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses,
am 27.09.2011
von 17:00 Uhr bis 18:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

von Rekowski, Michael parteilos Bürgermeister

Ratsmitglieder

Berster, Heribert	CDU	
Billstein, Regina	SPD	ab TOP 1.6.1, 17.08 Uhr
Blechmann, Karin	SPD	ab TOP 1.6.1, 17.13 Uhr
Bongen, Hermann-Josef	CDU	
Brachmann, Peter	SPD	
Dellweg, Friedel	CDU	
Frielingsdorf, Hans-Otto	UWG	
Hirsch, Hartmut	CDU	
Klett, Stefan	CDU	
Koppelberg, Harald	UWG	
Mederlet, Frank	SPD	
Palubitzki, Lothar	CDU	bis TOP 2.8.1, 18.40 Uhr
Scherkenbach, Friedhelm	CDU	
Schmitz, Andreas	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	
Schnepper, Josef W.	FDP	
Stefer, Michael	CDU	
Stein, Günter	SPD	
Weingärtner, Bastian	CDU	

Verwaltungsvertreter

Barthel, Volker	intern	StBD
Hachenberg, Friedrich	intern	StOVR
Osberghaus, Dirk	intern	VA
Trompetter, Frank	intern	Stadtkämmerer
Willms, Herbert	intern	StOAR, ab TOP 1.6.2, 17.38 Uhr
Wollnik, Lothar	intern	StVD

Schriftführer

Breuer, Reinhard intern StAR

Es fehlten: ./.

1 Öffentliche Sitzung

1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister **von Rekowski** stellt fest, dass zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist.

1.1.1 Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in der Fassung der Einladung unter Berücksichtigung folgender Ergänzungen einvernehmlich anerkannt:

- Durch eine Tischvorlage informiert die Verwaltung unter TOP 1.9.4 über den befristeten Einsatz einer sozialpädagogischen Fachkraft für die Schulsozialarbeit.
- Ferner gibt sie mündliche Sachstandsberichte zur DSL-Breitbandversorgung unter dem neuen TOP 1.9.5 sowie zur Verlängerung der Nordtangente / B 237 unter dem neuen TOP 1.9.6.
- Schließlich kündigt die Verwaltung an, unter „Verschiedenes“ (TOP 1.10.1) die Termine für die Haushaltsberatungen bekannt zu geben.

1.1.2 Einwohnerfragestunde

Aus der Zuhörerschaft werden keine Fragen gestellt. Auch schriftliche Fragen waren vor der Sitzung nicht eingereicht worden.

1.2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

Vorlage: M/2011/847

Der als schriftliche Mitteilung vorliegende Bericht über die Durchführung der Beschlüsse wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

1.3 Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW - entfällt -

1.4 Beschlüsse - entfällt -

1.5 Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse - entfällt -

1.6 Empfehlungen an den Rat

1.6.1 Änderung der Zuständigkeitsordnung; Antrag der CDU-Fraktion vom 28.06.2011

Vorlage: V/2011/731

Beschlussempfehlung an den Rat:

- 1.) Der in § 3 Ziffern 1.2.3. und 1.2.11. sowie in § 4 Abs. 2 Ziffern 4 und 5 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Wipperfürth jeweils aufgeführte Betrag von 150.000 € wird ersetzt durch den Betrag von 75.000 € (gemäß Antrag der CDU-Fraktion).
- 2.) § 5 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Wipperfürth (Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen) wird gestrichen; § 6 (Inkrafttreten) wird zum neuen § 5 (gemäß Vorschlag der Verwaltung).

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen

Ratsherr **Koppelberg** erklärt, die um 50 % reduzierten Summen, bis zu denen der Bürgermeister Aufträge erteilen könne, seien sehr viel schneller erreicht. Dies halte er für falsch. Durch eine Halbierung der Summe lasse sich nichts verbessern. Das wahre Motiv für den Antrag der CDU-Fraktion sehe er darin, die Vertrauenswürdigkeit des Bürgermeisters in Zweifel zu ziehen. Die UWG-Fraktion werde den Beschlusssentwurf nicht mittragen. Nachdem Ratsherr **Mederlet** den Beschlussvorschlag unterstützt und dies begründet, erklärt Bürgermeister **von Rekowski**, nach seiner Überzeugung sei allen Seiten, auch der CDU-Fraktion, an einer vertrauensvollen Zusammenarbeit gelegen.

1.6.2 II. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Wipperfürth

Vorlage: V/2011/725/1

Beschlussempfehlung an den Rat:

Die II. Änderungssatzung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Wipperfürth in der als Anlage 1*) beigefügten Fassung sowie die dieser Satzung zugrunde liegende Gebührenbedarfsberechnung für 2011 (Anlage 2) *) werden beschlossen.

*) Die Anlagen 1 und 2 im Sinne der Beschlussempfehlung sind die dem Beratungsergebnis des Ausschusses entsprechend noch anzupassenden Anlagen zur Ratsvorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Stimmenthaltung

Ratsherr **Koppelberg** begründet, warum die UWG-Fraktion die Änderungssatzung in der vorliegenden Form nicht mittragen kann.

Stadtkämmerer **Trompetter** erklärt, in der Vorlage seien die unterschiedlichen Kalkulationssysteme transparent dargestellt worden. Aktuell würden die Investitionen im Abwasserbereich nur zu einem Bruchteil über Abschreibungen finanziert. Der große Restbetrag werde dagegen aus Mitteln des allgemeinen Haushalts abzudecken sein. Durch die Umstellung der Abschreibung auf den Wiederbeschaffungszeitwert könne eine angemessene und zulässige Berücksichtigung der Finanzierungskosten innerhalb des Gebührenhaushalts erfolgen.

Der Rat habe sich im Juni 2009 der Haltung des Rechnungsprüfungsausschusses angeschlossen, es bei der bisherigen Kalkulationsform zu belassen. In 2008 habe es allerdings auch noch rund 18 Millionen Euro an Gewerbesteuererinnahmen gegeben. Heute herrsche aber eine völlig andere Situation. Es habe eine dramatische Verschlechterung der Haushaltssituation gegeben.

Die Umstellung der Abschreibung sei ein wichtiger Beitrag zur Sicherung eines dauerhaften Erhalts des Eigenkapitals der Stadt. Darauf zu verzichten, werde auch von der Kommunalaufsicht auf Dauer nicht zugelassen.

Ratsherr **Mederlet** erklärt, die Satzungsänderung in Bezug auf die Kleinkläranlagen sei unstrittig. Die Kernfrage sei, ob man einen Systemwechsel anstrebe, der letztlich nicht von der jeweiligen Finanzsituation abhängig gemacht werden sollte. Der Vorschlag der Verwaltung sei aber völlig legitim und kein Trick. Es kämen rund 350.000 Euro mehr in den Haushalt. Dies komme allen Bürgerinnen und Bürgern ja anderweitig wieder zu Gute.

Die SPD-Fraktion stehe auf dem Standpunkt, man sollte nicht umschwenken, weil die Mehreinnahmen nicht in eine Rücklage fließen würde, um damit Kanäle zu erneuern. Das Geld sei zum Zeitpunkt von Ersatzbauten lange weg und fließe nicht zweckgebunden in den Haushalt. Völlig offen seien die Abschlüsse 2008 bis 2010; man wisse nicht, was noch alles komme.

Die Diskussion sei noch nicht abgeschlossen. Er bitte die Verwaltung, mitzuteilen, wie vergleichbare Gemeinden verfahren, wengleich für eine so flächengroße Gemeinde Vergleiche immer auch schwierig seien.

Ratsherr **Scherkenbach** erklärt, über diesen Teil der Änderungssatzung müsse noch detailliert gesprochen werden. Die Kommunalaufsicht stimme dem heutigen Kalkulationsverfahren möglicherweise nicht auf Dauer zu. Es gebe in seiner Fraktion auf jeden Fall noch weiteren Beratungsbedarf. Heute müsse darüber noch keine Entscheidung getroffen werden. Bezüglich der Kleinkläranlagen sollte heute die Empfehlung entsprechend der Vorlage an den Rat ausgesprochen werden.

Ratherr **Schmitz** weist darauf hin, dass es um die Substanzerhaltung, gleichzeitig aber auch um Gebührengerechtigkeit geht. Dem Kostendeckungsgebot werde die derzeit angewandte Kalkulationsmethode nicht gerecht. Mehreinnahmen dürften eigentlich nicht an den allgemeinen Haushalt gehen, sondern sie müssten zweckgebunden sein.

Stadtkämmerer **Trompetter** schlägt vor, die Thematik in den Haushaltsberatungen wieder aufzugreifen und bis dahin zu klären, ob auf diese Einnahmen überhaupt verzichtet werden darf.

Für Ratsherrn **Schnepper** ist die Abschreibung nach dem Wiederbeschaffungszeitwert eine normale Kalkulationsgrundlage auch bei Privatfirmen, und sie könne auch gut begründet werden. Überschüsse daraus müssten aber entsprechend verwendet werden.

1.7 Anfragen - keine -

1.8 Anträge - keine -

1.9 Mitteilungen

1.9.1 Hundezählung im Stadtgebiet Wipperfürth

Vorlage: M/2011/844

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die schriftliche Vorlage der Verwaltung, die Bestandteil der Einladung war, ohne Wortmeldungen zur Kenntnis.

1.9.2 Personalentwicklungskonzept; Sachstandsbericht

Vorlage: M/2011/879

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die schriftliche Vorlage der Verwaltung, die Bestandteil der Einladung war, ohne Wortmeldungen zur Kenntnis.

1.9.3 Wirtschaftsförderung

Vorlage: M/2011/884

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die schriftliche Vorlage der Verwaltung, die Bestandteil der Einladung war, zur Kenntnis.

Ratsherr **Mederlet** regt an, dass dem Haupt- und Finanzausschuss zukünftig regelmäßig ein derartiger Sachstandsbericht vorgelegt wird. Wie sich die zukünftige Entwicklung in Bezug auf die Bereitstellung ausreichender Gewerbeflächen darstellt, sollte sowohl im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt als auch in den WEG-Gremien thematisiert werden. Das Signal müsse sein, dass das Angebot an mögliche Interessenten bald wieder ausreichend groß ist und nicht, dass Bewerbungen keine Aussicht auf Erfolg haben, weil kein Platz mehr da ist. Es habe auch eine Anfrage der SPD-Fraktion gegeben, die sich auf noch vorhandene Flächen bezog.

Ratsherr **Scherkenbach** erklärt, die Entwicklung in diesem Jahr sei erfreulich. Die Realisierung von Klingsiepen III und IV dürfe man nicht aus den Augen verlieren, ebenso müsse es auch an anderen Gewerbestandorten vorangehen. Auch dies seien WEG-Themen. Laut Stadtkämmerer **Trompetter** befasst sich der WEG-Aufsichtsrat intensiv mit diesen Fragen. Auch die Bauleitplanung werde entsprechend vorangetrieben.

Ratsherr **Koppelberg** regt an, in einem nächsten Bericht zusätzlich auch etwas zu industriellen und gewerblichen Brachflächen, etwa in Egerpohl, zu sagen. StBD **Barthel** erklärt, hierzu seien Aussagen in der nächsten Fachausschusssitzung vorgesehen.

Ratsherr **Schnepper** sieht die derzeitige Entwicklung ebenfalls positiv. Nach einer auf den Oberbergischen Kreis bezogenen Statistik weise Wipperfürth allerdings den schlechtesten Saldo bei der Anmeldung und Abmeldung von Gewerbebetrieben auf. Dem müsse entgegengewirkt werden.

Bürgermeister **von Rekowski** weist auf die Notwendigkeit hin, den Betrieben notwendige Erweiterungen zu ermöglichen. Für Ratsherrn **Mederlet** hat die Standortsicherung einen ebenso hohen Stellenwert wie die Bereitstellung neuer Gewerbeflächen.

1.9.4 Befristeter Einsatz einer sozialpädagogischen Fachkraft für die Schulsozialarbeit

Vorlage: M/2011/885

Die schriftliche Mitteilung, die Bestandteil der Einladung war, nimmt der Haupt- und Finanzausschuss ebenso wie die kurze ergänzende Erläuterung durch StVD **Wollnik** ohne Wortmeldungen zur Kenntnis.

1.9.5 DSL-Breitbandversorgung; Sachstandsbericht

Bürgermeister **von Rekowski** trägt die Bemühungen der Verwaltung zur flächendeckenden Breitbandversorgung, soweit sie bereits bekannt waren, in chronologischer Abfolge vor. Am 29.08.2011 sei dann bei einem Gespräch mit der Bezirksregierung als Bewilligungsbehörde und der Telekom eine Lösung der schon mehrfach vorgetragenen Problematik angedacht worden. Kernpunkte seien unter anderem:

- die Möglichkeit einer „Umwidmung“ des Förderantrages auf zwei getrennte Bereiche Agathaberg und Dohrgaul,
- eine Preisgarantie der Telekom bis zum 31.12.2011; Baubeginn könnte im Januar 2012 sein,
- die Absicht der Bezirksregierung, die Finanzierung auch im nächsten Jahr sicherzustellen, wenn z.B. 25% in 2011 und die restlichen 75% in 2012 abgerechnet werden.

Am 12.09.2011 seien weitere Einzelheiten bei einem Termin mit der Regierungspräsidentin Frau Walsken persönlich besprochen worden. Im Ergebnis werde es bis Ende nächsten Jahres im Vorwahlbereich 02267 zu einer annähernd 100-%igen Versorgung mit schnellem DSL kommen. Am schlechtesten versorgt werde hier wohl mangels Masse der Wipperfelder Bereich sein. Alle anderen Wipperfürther Vorwahlbereiche (02192, 02195, 02264, 02268, 02269, 02353) würden sich gänzlich dem Einfluss der Stadt entziehen, weil dort die Versorgung des entsprechenden Anschlussbereiches entscheidend sei.

Dass die jahrelangen Bemühungen um eine flächendeckende DSL-Versorgung nun in absehbarer Zeit erfolgreich abgeschlossen werden können, sei insbesondere dem intensiven Einsatz von Herrn Schmitz aus der ADV-Abteilung zu verdanken. Ein weiteres Dankeschön gebühre auch Herrn Willms und der Regierungspräsidentin Frau Gisela Walsken für deren persönliches Engagement.

1.9.6 Verlängerung der Nordtangente / B 237; Sachstandsbericht

BD **Barthel** teilt mit, die Landesregierung habe im Rahmen einer neuen Priorisierung von Straßenbaumaßnahmen beschlossen, dass auch die Notwendigkeit der Verlängerung der Nordtangente überprüft werden soll. Mit dem Landesbetrieb Straßen sei zwischenzeitlich gesprochen worden. Zur Zeit befinde sich der Straßenabschnitt dort in der Phase der Ausführungsplanung. Es sei aufgrund einer Klage eines Anwohners aus der Wilhelmshöhe im Zusammenhang mit der Baumaßnahme auch noch ein Gerichtsverfahren anhängig.

Die Verwaltung werde sich an Landesverkehrsminister Harry Voigtsberger wenden und auf die schwierige Situation der Stadt hinweisen. Seit mehr als 30 Jahren beschäftige man sich bereits mit diesem Straßenbauprojekt. Viele andere Planungen und Vorhaben der Stadt und Dritter seien darauf abgestimmt worden, dass dieser Straßenabschnitt nun zügig gebaut wird. Notfalls werde man auch in einem persönlichen Gespräch auf den Minister zugehen.

Ratsherr **Scherkenbach** erklärt, es sei notwendig, dass sich die Stadt intensiv um die Umsetzung der NT-Verlängerung bemüht. Verkehrsminister Voigtsberger habe noch im Mai dieses Jahres anlässlich seines Besuchs in Wipperfürth gesagt, dass diese Maßnahme für 2012 eingeplant sei.

Ratsherr **Mederlet** glaubt, dass die Notwendigkeit dieser Straße innerhalb der Ratsfraktionen unstrittig ist. Die Frage, wann denn nun der neue Straßenabschnitt realisiert werden kann, sei nicht beantwortet. Hier müssten alle an einem Strang ziehen und für eine schnelle Realisierung kämpfen. Er bittet darum, das Schreiben an den Landesverkehrsminister allen Ratsmitgliedern zur Kenntnis zu geben, was Bürgermeister **von Rekowski** auch zusagt.

1.10 Verschiedenes

1.10.1 Termine für die Haushaltsberatungen 2012

Bürgermeister **von Rekowski** teilt mit, die Einbringung des Haushaltsentwurfs 2012 erfolge in der Ratssitzung am 14.12.2011. Es schließe sich die Vorberatung in der Haupt- und Finanzausschusssitzung am 17.01.2011 an und die Verabschiedung des Haushalts 2012 sei auf den 31.01.2011 terminiert.

Diese Terminplanung habe sich vor dem Hintergrund der noch ausstehenden Finanzdaten und der noch zu erfüllenden Vorbereitungen ergeben.

Wortmeldungen ergeben sich hierzu nicht.

2. Nichtöffentliche Sitzung

Michael von Rekowski
- Bürgermeister -

Reinhard Breuer
- Schriftführer -